

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2020/503 von Marcel Schinzel: «Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus+» 2020/503

vom 4. Mai 2021

1. Text der Interpellation

Am 24. September 2020 reichte Marcel Schinzel die Interpellation 2020/503 «Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus+» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Das EU-Programm Erasmus+ ist ein wichtiges Programm für Bildung, Jugend und Sport. Es fördert insbesondere die Lernmobilität weltweit und in der EU für Studierende und Berufslernende. Von der Zusammenarbeit über die Grenzen mit Baden-Württemberg und dem Elsass profitieren aber auch die Universität Basel, die FHNW und die regionale forschende Industrie, indem sie auch bei der Initiative Europäische Hochschulen mitwirken können.

Die Schweiz war an diesem Programm nur 2011-2013 vollassoziert. Nun geht es für 2021-2027 darum, ob die Schweiz wieder vollassoziert sein soll. Aus Kostengründen wird das vom Bund bisher auf die lange Bank geschoben. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Bedeutung des Erasmus+ Programms für unseren Kanton sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz?*
- 2. Welchen Einfluss hat nach Ansicht des Regierungsrates der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union auf die Attraktivität von Erasmus+?*
- 3. Ist der Regierungsrat bereit, sich allein oder in Absprache mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen beim Bund für eine Vollasoziation beim Erasmus+ Programm einzusetzen?*

Eine gleichlautende Interpellation wird in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn eingereicht.

2. Einleitende Bemerkungen

Der Regierungsrat geht mit dem Interpellanten einig, dass das EU-Programm Erasmus+ für Studierende und Berufslernende ein wichtiges Programm zur Förderung der Lernmobilität weltweit und innerhalb der EU ist.

Internationale, insbesondere europäische Zusammenarbeit und der entsprechende Austausch von Lernenden und Studierenden sind zentral für die Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandorte Nordwestschweiz, Zürich und Bern. Um diesem Umstand Nachdruck zu verleihen, hat die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) in ihrem Schreiben an den Bundesrat am 24.

September 2020 diesen nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die schweizerische Mitwirkung beziehungsweise eine Vollasoziiierung in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ für die Zeitperiode 2021-2027 zwingend angestrebt werden muss.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die Bedeutung des Erasmus+ Programms für unseren Kanton sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz?*

Die schweizerische Mitwirkung in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ ist für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz von zentraler Bedeutung. Diese Programme ermöglichen Schweizer Akteurinnen und Akteuren aus Forschung und Innovation die Integration in ein kompetitives und internationales Umfeld. Gleichzeitig fördert es den Aufbau von Partnerschaften, Kooperationen und Netzwerken. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen für Forschung und Entwicklung, von denen nicht nur Hochschulen, sondern auch Forschungsabteilungen vieler Unternehmen profitieren können.

Auch für die Berufsbildung nimmt der internationale Austausch laufend an Bedeutung zu. Internationale Ausbildungs- und Berufserfahrung sind heute wichtige Elemente im Lebenslauf von jungen Menschen. Die internationale Berufsmobilität verbessert zudem die Fremdsprachenkenntnisse.

Zwischen Erasmus+ und Horizon Europe bestehen wertvolle Synergien. Mit der Vollasoziiierung bei Erasmus+ könnten zudem Studierende auch vom Programm der European Universities profitieren. Das Programm stärkt den grenzüberschreitenden European Campus (Eucor), welcher von Seiten der EU keine Unterstützung mehr erhält, da die Schweiz bei Erasmus+ kein Programmland mehr ist.

Aus diesen Gründen forderte die NWRK den Bundesrat auf, die Vollasoziiierung der Schweiz in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ mit der EU zu verhandeln.

2. *Welchen Einfluss hat nach Ansicht des Regierungsrates der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union auf die Attraktivität von Erasmus+?*

In den Bedingungen des Ausstiegsabkommens vom 31. Januar 2020 wurde festgelegt, dass das Vereinigte Königreich an der auslaufenden Erasmus+ Programmgeneration (2014-2020) weiterhin teilnimmt. Der neue Partnerschaftsvertrag sieht für die aktuelle Programmgeneration (2021-2027) keine Teilnahme als Programmland mehr vor. Für das Schweizer Programm zu Erasmus+ ändert sich bis Ende 2021 gemäss Auskunft von Movetia¹, der nationalen Mobilitätsagentur, nichts. Mobilität von und ins Vereinigte Königreich werden weiterhin gefördert. Für die Folgejahre werden das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und Movetia neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich ausloten.

Davon unabhängig setzt die Universität Basel die vom SBFI und Movetia bereits zuvor vorgesehenen Massnahmen zur Förderung der Mobilität auch nach Grossbritannien um. Diese umfassen auf der Tertiärstufe insbesondere die «Swiss-European Mobility Programme» (SEMP)². In der Schweiz ermöglicht und finanziert SEMP sowohl Projekte für die Mobilität von Einzelpersonen als auch Kooperationen für die Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen. Gefördert werden Studierende, Dozierende und weitere Hochschulangestellte von Schweizer und europäischen Hochschulinstitutionen für zeitlich begrenzte Auslandsaufenthalte im europäischen Raum. Das Programm umfasst sowohl Mobilitäten von der Schweiz ins Ausland wie auch vom Ausland in die Schweiz.

¹ Movetia ist die Nationale Agentur für Austausch und Mobilität. Weitere Informationen: www.movetia.ch

² Weitere Informationen: www.movetia.ch/programme/schweizer-programm-zu-erasmus/tertiaerstufe/mobilitaet

Darüber hinaus organisiert das Team Tertiärstufe von Movetia jedes Jahr eine Veranstaltung für die Vertreter/innen der International Relations Offices von Schweizer Bildungsinstitutionen der Tertiärstufe mit dem Ziel, neue Aufrufe für Mobilitätsprojekte in Europa und für internationale Zusammenarbeit zu lancieren und sich über die Themen Mobilität und internationale Kooperation auszutauschen. Diese Tagung, die im Herbst 2020 vorgesehen war, wurde wegen der Corona-Pandemie auf das Jahr 2021 verschoben.

3. *Ist der Regierungsrat bereit, sich allein oder in Absprache mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen beim Bund für eine Vollasoziation beim Erasmus+ Programm einzusetzen?*

Nebst den Nordwestschweizer Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Jura haben sich auch die assoziierten Kantone Bern und Zürich am oben genannten Schreiben vom 24. September 2020 an den Bundesrat beteiligt.

Bereits einen Monat vorher haben die Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft und der Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Basel-Stadt den Besuch von Bundesrat Guy Parmelin im Rahmen eines Netzwerktreffens zum Thema Hochschulen genutzt, um die Bedeutung der Vollasoziation der Schweiz in den europäischen Programmen Horizon Europe und Erasmus+ herauszustreichen.

Liestal, 4. Mai 2021

Im Namen des Regierungsrats

Der Präsident:

Dr. Anton Lauber

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich